

IFSH Dr. Ulrich Kühn Beim Schlump 83 20144 Hamburg

Herrn MdL Wolfgang Baasch Vorsitzender
des Europaausschusses
Landtag von Schleswig-Holstein
Düsternbrooker Weg 70
24104 Kiel

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 19/6047

Dr. Ulrich Kühn

*Leiter, Forschungsbereich
„Rüstungskontrolle und Neue
Technologien“*

Beim Schlump 83
20144 Hamburg
Telefon 040 866077-41
E-Mail kuehn@ifsh.de

Hamburg, den 30.07.2021

Betr: Drucksache 19/2758, Anhörung des Europaausschusses

Sehr geehrter Herr Baasch,

Anbei sende ich Ihnen die angeforderte Stellungnahme zum Antrag der SPD-Fraktion „Für eine atomwaffenfreie Welt!“ Diese Stellungnahme gibt ausschließlich meine persönliche Meinung wieder.

Mit freundlichen Grüßen,

Dr. Ulrich Kühn

Rüstungskontrolle stärken, um dem AVV beitreten zu können

Persönliche Stellungnahme von Dr. Ulrich Kühn, Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg, gegenüber Herrn Wolfgang Baasch MdL, Vorsitzender des Europaausschusses des Schleswig-Holsteinischen Landtags zum Antrag der Fraktion der SPD: „Für eine atomwaffenfreie Welt!“, Drucksache 19/2785

1. Der Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (NVV) verpflichtet alle Vertragsstaaten auf das Ziel vollständiger nuklearer Abrüstung. Deutschland ist Vertragspartei und somit dem Ziel vollständiger nuklearer Abrüstung verpflichtet. Mit dem neuen Atomwaffenverbotsvertrag (AVV) gibt es nun erstmals ein völkerrechtlich bindendes Instrument, welches Atomwaffen, genau wie biologische oder chemische Waffen, auch verbietet. Ein solches Verbot ist nötig, um dem Ziel einer globalen Abrüstung aller Nuklearwaffen näherzukommen. Wenn Deutschland es mit seinem Bekenntnis zu einer atomwaffenfreien Welt ernst meint und nicht gegenüber dem NVV-Regime vertragsbrüchig werden will, muss es mittel- bis langfristig dem AVV beitreten.

2. Dafür muss Deutschland eine Reihe vorbereitender Schritte unternehmen. Diese liegen v.a. im Bereich der Rüstungskontrolle und der Vertrauensbildung. Zunächst muss Berlin das Heft des Handelns bei der nuklearen Rüstungskontrolle in Europa in die Hand nehmen. Dafür sollte sich Berlin zunächst für einen konsequenten Rüstungskontrollkurs innerhalb der NATO einsetzen. Konkret müsste es um die Verringerung nuklearer Eskalationsrisiken in Europa und die Reduzierung des russischen Kurz- und Mittelstreckenarsenals gehen. Deutschland und die europäischen NATO-Verbündeten verfügen dabei über eine potentielle Verhandlungsmasse: die in Europa und Deutschland stationierten US-amerikanischen Nuklearwaffen vom Typ B-61.

3. Diese Waffen sind nicht nur militärisch obsolet, sondern auch in den meisten Stationierungsländern nicht mehr willkommen. So spricht sich bspw. die bundesdeutsche Bevölkerung seit langer Zeit immer wieder mit sehr deutlicher Mehrheit für deren Abzug aus.¹ Eine jüngste Umfrage unter Bundestagsabgeordneten ergab ebenfalls eine Mehrheit für einen Abzug dieser Waffen im Zusammenhang mit einem Rüstungskontrolldeal mit Russland.² Auch der Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD von 2017 anerkennt diesen Zusammenhang: „Erfolgreiche Abrüstungsgespräche schaffen die Voraussetzung für

¹ „Greenpeace-Umfrage zu Atomwaffen und Atomwaffenverbotsvertrag.“ Eine Umfrage von Kantar im Auftrag von Greenpeace, Hamburg, Juli 2020, https://www.greenpeace.de/sites/www.greenpeace.de/files/publications/umfrage_atomwaffenverbotsvertrag_0.pdf (zuletzt abgerufen: 30.07.2021).

² Michal Onderco und Michal Smetana, “German views on US nuclear weapons in Europe: public and elite perspectives,” *European Security* (2021), doi.org/10.1080/09662839.2021.1941896 (zuletzt abgerufen: 30.07.2021).

einen Abzug der in Deutschland und Europa stationierten taktischen Nuklearwaffen.“³ Es wäre deshalb nur angemessen, Russland den Abzug dieser Waffen in Aussicht zu stellen. Im Gegenzug müsste Moskau nicht nur endlich Transparenz bei seinen taktischen Nuklearwaffen und seinem vermuteten neuen Mittelstreckenmarschflugkörper (Typ SSC-8) herstellen, sondern auch die Zahl seiner Trägersysteme und Sprengköpfe im europäischen Teil des Landes deutlich und verifizierbar reduzieren. Ziel muss die Denuklearisierung Europas, auf beiden Seiten, sein.

4. Gleichzeitig muss Deutschland die Befürchtungen und Ängste seiner europäischen Nachbarn, bspw. im baltischen Raum, in Bezug auf Russland ernst nehmen. Für diese Verbündeten stellt der AVV und ein möglicher Abzug amerikanischer Nuklearwaffen aus Europa momentan eher eine potentielle Bedrohung denn eine Sicherheitsperspektive dar. Berlin muss sich deshalb erneut und im verstärkten Maße auch der konventionellen Rüstungskontrolle und der konventionellen Rückversicherung zuwenden. Nukleare Abrüstungsinitiativen für Europa wären wohl deutlich leichter zu erreichen, wenn gleichzeitig die Rückversicherung der östlichen Alliierten gewährleistet ist und Deutschland dafür die notwendigen konventionellen Fähigkeiten bereitstellt.

5. Auch die USA, Deutschlands wichtigster Verbündeter, verfolgen inzwischen wieder eine ambitioniertere Rüstungskontrollpolitik gegenüber Russland. Der vormalige Präsidentschaftskandidat Joe Biden sprach sich erst vergangenes Jahr dafür aus, „dass der einzige Zweck [sole purpose] des US-Atomwaffenarsenals die Abschreckung – und, wenn nötig, die Vergeltung – eines nuklearen Angriffs sein sollte.“⁴ Nukleare Kriegsführungswaffen, wie die in Europa stationierten B-61, passen nicht zu solchen Plänen.

6. Die Zeit ist reif für Deutschland, den gut gemeinten Worten auch konkrete Taten für mehr Rüstungskontrolle und Abrüstung folgen zu lassen. Die kommenden Jahre bieten ein „window of opportunity“ für Deutschland, um die nuklearen Bedrohungen für Europa signifikant zu verringern und der Mehrheitsmeinung der deutschen Bevölkerung endlich zu entsprechen. Wer wirkliche nukleare Abrüstung will, muss selbstbewusst und kreativ bei der Rüstungskontrolle voranschreiten, um dann mittel- bis langfristig auch den AVV guten Gewissens unterzeichnen zu können.

³ „Ein neuer Aufbruch für Europa. Eine neue Dynamik für Deutschland. Ein neuer Zusammenhalt für unser Land. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD, 19. Legislaturperiode“, 2017, <https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/koalitionsvertrag-zwischen-cdu-csu-und-spd-195906> (zuletzt abgerufen: 30.07.2021).

⁴ Biden, Joseph R., „Why America Must Lead Again“, *Foreign Affairs*, März/April 2020, <https://www.foreignaffairs.com/articles/united-states/2020-01-23/why-america-must-lead-again> (zuletzt abgerufen: 30.07.2021).